



An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Alexander Ulrich
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Michael Roth MdB

Staatsminister für Europa

POSTANSCHRIFT
11013 Berlin

HAUSANSCHRIFT
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

Berlin, den 31. Juli 2018

**Schriftliche Fragen für den Monat Juli 2018
Frage Nr. 7-326**

Sehr geehrter Herr Kollege,

Lieber Alexander Ulrich,

Ihre Frage:

Inwiefern befürwortet die Bundesregierung eine Änderung der Verhandlungsleitlinien der EU für die Brexitverhandlungen, um noch ein Austrittsabkommen erreichen zu können, und wie bewertet die Bundesregierung die Möglichkeit, entsprechend des Artikel 50 EUV eine Verlängerung des Verhandlungszeitraums für das Austrittsabkommen zu vereinbaren, mit der ein Ausscheiden Großbritanniens ohne Austrittsabkommen und ohne Transitionsphase verhindert werden könnte?

beantworte ich wie folgt:

Der Europäische Rat hat im März 2018 Leitlinien für das künftige Verhältnis der Europäischen Union (EU) mit dem Vereinigten Königreich angenommen, die auf der Website des Europäischen Rates abrufbar sind:

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/XT-20001-2018-INIT/de/pdf>.

Der Europäische Rat im Juni 2018 hat diese bekräftigt. Beim Rat für Allgemeine Angelegenheiten am 20. Juli 2018 bestand unter den Mitgliedstaaten der EU27 Einvernehmen, dass diese Leitlinien unverändert Grundlage und Maßstab für die Verhandlungen der Europäischen Kommission als Verhandlungsführerin der EU mit dem Vereinigten Königreich darstellen.

Artikel 50 Absatz 3 des Vertrages über die Europäische Union (EUV) sieht vor, dass der Europäische Rat einstimmig die Zwei-Jahres-Frist des Artikel 50 EUV im Einvernehmen mit dem austrittswilligen Mitgliedstaat verlängern kann. Notwendig wäre demnach zunächst ein entsprechender Antrag des Vereinigten Königreichs. Ein solcher liegt nicht vor.

Mit freundlichen Grüßen

